

DAS Interview

Who to look out for: Im Gespräch mit...

Aminata Dramane Traoré führt als Soziologin, politische Autorin und ehemalige Ministerin für Kultur und Tourismus Malis ihren intellektuellen Kampf gegen die „auferlegte“ Globalisierung kontinuierlich an allen Fronten. Mutig fordert Traoré afrikanische Regierungen auf, nicht einfach blind den Weisungen westlicher Länder und Banken zu folgen. Im DAS Interview spricht sie über ihre Kandidatur als UN-Generalsekretärin, eine dringend notwendige Reform der UNO und über aktuelle Formen des Neokolonialismus und seine Folgen in Form von Gewaltphänomenen und der Auswanderung der desillusionierten panafrikanischen Jugend.

Vor vier Monaten haben Sie Ihre Kandidatur auf den Posten des Generalsekretärs der UNO angekündigt mit dem Satz: „Ich passe vielleicht nicht so ins Profil, aber ich lade mich hiermit selbst in die Debatte ein.“ Was hat Ihnen den Mut dazu gegeben?

Der Zeitpunkt erschien günstig. Die UNO ist momentan in meinem Land präsenter denn je. Außerdem wurde die Suche nach einem Nachfolger Ban Ki-Moons eröffnet. Ich kandidiere also zum einen für die Debatte an sich, zum anderen für die Partizipation von Frauen.

Momentan gibt es einen Mangel an Diskussion über die demokratische Struktur auf internationaler Ebene. Die Mächtigen erheben sich zu Richtern über andere Staaten und das wird nie hinterfragt. Als malische Frau habe ich persönlich sehr darunter gelitten, insbesondere unter dem Krieg gegen den Terror, einer Form von Gewalt, die, wie in meinem Fall, die Bewegungsfreiheit einschränkt. Weil ich öffentlich Frankreichs Militärintervention in Mali

kritisiere, wurde mir in der Vergangenheit schon einmal ein Schengenvisa verweigert.

Leider wird die UNO im Rahmen solcher Militarisierung von Lösungen wie jener in Mali, welches sich im Zentrum dieses terroristischen Problems in der Sahel-Zone befindet,

manipuliert. Die Bevölkerung erwartete von den Vereinten Nationen Entwicklung. Heute haben die Menschen keine Jobs, sie können nicht auswandern ohne kriminalisiert zu werden und als Antwort auf ihr Verlangen nach Würde schickt man ihnen Soldaten. Die UNO ist eine Organisation der mächtigen Nationen, die mein Land Mali und den Rest der Erde kontrollieren wollen.

Eine, meiner Ansicht nach, illegitime Verbindung zwischen der UNESCO sowie dem Posten des UN-Generalsekretärs, ist der zweite Grund meiner Kandidatur. Die Generalsekretärin der UNESCO Irina Bokova ist nämlich ebenfalls Anwärtlerin auf den Posten und hat die militärische Intervention nach der Zerstörung der Mau-

soleen von Timbuktu mitzuverantworten. Damals kursierten schon Gerüchte, ihre Fürsprache sei in erster Linie ein Mittel zum Zweck in

ihrer Kampagne um den UNO-Posten, weil es sie international gut dastehen ließ. Bestätigt wurde dieses Gerücht, als sie dann die Überführung des mutmaßlichen Extremisten Ahmad

al Faqi al Mahdi, der für die Zerstörung des kulturellen Erbes angeklagt war, an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag begrüßte. Natürlich ist die UNESCO dazu berechtigt, ein solches Verbrechen „zu berichten“, aber es zu benutzen, um eine spezifische persönliche Karriere zu fördern,



trägt nicht dazu bei, den Dschihadismus zu beenden. Das ist eine Art Ablenkung, das ehrt die UNESCO nicht und es ist erniedrigend für uns. Menschenleben wurden zerstört und unsere Wirtschaft liegt am Boden. Wir erwarten, dass Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen werden und nicht „nur“ die Zerstörung von Gebäuden geahndet wird.

2. Sie wollen in der Funktion der UN-Generalsekretärin auf die „Die Stimme der Völker hören“. Was soll das sein?

Die UNO selbst hat sich „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“ auf die Fahnen geschrieben. Ich denke, wir sind Menschen, die in Gemeinschaft leben wollen, wissend um unsere wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und dass wir in der Lage sind, diese auch zu leben und zu

„Momentan gibt es einen Mangel an Diskussion über die demokratische Struktur auf internationaler Ebene.“

verteidigen. Wir streben nach Frieden, Sicherheit und Menschlichkeit. Wenn ich für eine „UNO der Menschen“ eintrete, dann denke ich an eine UNO, wie sie es sich bei ihrer Gründung 1945 selbst versprochen hat. Aber mittlerweile entscheidet die Generalversammlung nicht mehr im Namen ihrer 193 Mitglieder.

Zugegeben, verglichen mit dem Internationalen Währungsfonds, in dem die Entscheidungsgewalt eines Staates von seinem Reichtum abhängt, ist die UNO natürlich wiederum noch relativ demokratisch.

3. Die UNO hat in den letzten Jahren grundlegende Veränderungen durchlaufen. Trotzdem bleibt die Kritik bestehen, sie sei nach wie vor ein Instrument der Großmächte. Stimmen Sie dieser Kritik zu?

In der Praxis ist die UNO ungerecht, weil der Sicherheitsrat mit seinen fünf VETO-Mächten nach wie vor die mächtigste Rolle einnimmt. Einige dieser fünf Nationen erlauben sich Übereinkommen und UN-Resolutionen zu missachten, wie im Falle Libyens etwa. Glücklicherweise hat vor zwei oder drei Wochen das britische Parlament verkündet, David Cameron und Nicolas Sarkozy hätten die Öffentlichkeit getäuscht, um Zustimmung für den Krieg zu bekommen, in dem es in erster Linie um das libysche Öl ging und nicht um die Verteidigung der Bürgerinnen und Bürger von Benghazi.

70 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen sind es die Großmächte selbst, die die Werte diskreditieren und untergraben, anstatt aus der UNO einen privilegierten Ort aller Nationen zu machen, an welchem Reichtum und Wissen geteilt werden. Heute, über 50 Jahre nach der „De-kolonialisierung“, können stattdessen die alten Kolonialmächte weiterhin einfach in Afrika politisch sowie militärisch und vermeintlich im Namen von Frieden und Sicherheit agieren. Selbst wenn die Vereinten Nationen

Friedensmissionen schicken, sind es die reichen Staaten, die sie fordern. Die meiste Zeit verteidigen sie also nur ihre eigenen Interessen. Die Erhöhung der Friedenstruppen ist eine Reaktion auf die Notwendigkeit, Soldatinnen und Soldaten vor Ort zu haben, die den Anschein von Frieden aufrechterhalten, um weiterhin uneingeschränkt die beherrschten Länder auszubeuten.

4. Es gibt Ihrer Ansicht nach also keine Rechtfertigung für die Anwesenheit von Blauhelmen auf dem afrikanischen Kontinent?

Zwei wichtige Dinge müssen wir im Auge behalten: Bis 2015 sollten die Millenniums-Entwicklungsziele umgesetzt werden. Im Grunde hätte man die acht Ziele ohne Hinzunahme von Friedenstruppen verwirklichen können.

Dennoch hat sich die Zahl der Blauhelme in dieser Phase fast verdreifacht. Das bedeutet, dass das implementierte Entwicklungsmodell menschliches Leid und somit auch Konflikte produziert, die die Erhöhung von Friedenstruppen erforderlich machen.

Zweiter wichtiger Punkt: Die Umsetzung des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells ist überhaupt nicht im Einklang mit den Bestrebungen der Afrikanerinnen und Afrikaner. Es ist eine zunehmend schwelende Konfliktquelle. Ich kämpfe für wirtschaftliche Alternativen, die den Bedürfnissen der Menschen hier entsprechen, damit wir weder Friedenstruppen noch ausländische militärische Interventionen nötig haben. Wenn unsere Länder „beschützt“ werden müssen, sollten wir die nationalen regulären Armeen stärken, wie in den Ländern des Globalen Nordens auch. Wir

finden uns aber derzeit in einer Situation, in der selbst die Aufstockung von Blauhelm-Soldatinnen und -soldaten den Militarismus einiger Nationen nicht unterbindet, obwohl der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan genau dieses im Sinn hatte, nachdem die USA alleine in den Irakkrieg gezogen waren. Damals hielt er es für notwendig, dass die großen Mächte sich nicht mehr verpflichtet fühlten, in den Krieg zu ziehen, nur, weil es den Vereinten Nationen nicht können. Also verstärkte man die militärische Rolle der UNO. Trotz dieser Stärkung sind Großmächte wie Großbritannien und Frankreich in Libyen einmarschiert und haben so die Resolution 1325 verletzt.

Und von den Interventionen profitieren selbstverständlich Unternehmen dieser Staaten. Diese Krise des kapitalistischen Systems muss benannt, geregelt und korrigiert werden. Die Auswirkungen einer globalisierten neoliberalen Wirtschaftspolitik werden darüber hinaus vom Westen unterschiedlich interpretiert. Die Ursachen von Arbeitslosigkeit in Europa werden beispielsweise nicht in der gleichen Art interpretiert wie jene in Afrika. In Europa stehen wirtschaftliche Ursachen im Vordergrund, die es zu korrigieren gilt. In Afrika, so wird unterstellt, lägen die Ursachen in „Stammeskriegen“, Diktaturen und Korruption.

Tatsache ist, dass wir uns aber gar nicht aktiv für dieses oder jenes Entwicklungsmodell entschieden haben, sondern es uns mitsamt seinen dominanten Interessen auferlegt wurde. Und heute wird von den afrikanischen

Staaten erwartet, die daraus entstandenen Probleme zu lösen. Wie? Indem wir potentielle Emigrantinnen und Emigranten überwachen, damit sie nicht mehr an die Türen Europas klopfen, während all die

eben genannten Realitäten eigentlich Folgen des Scheiterns des neoliberalen Systems sind.

„70 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen sind es die Großmächte selbst, die die Werte diskreditieren und untergraben.“

„Ich kämpfe für wirtschaftliche Alternativen, die den Bedürfnissen der Menschen hier entsprechen, damit wir weder Friedenstruppen noch ausländische militärische Interventionen nötig haben.“

5. Im August wollten Sie am Weltsozialforum in Montreal teilnehmen, aber Ihr Visumsantrag – sowie die von etwa 200 afrikanischen Teilnehmenden auch – wurde abgelehnt. Das WSF fand daher ohne Beteiligung des Kontinents mit diesem riesigen demografischen Potential statt. Ein afrikanischer Aktivist schlug vor, dass die Afrikanerinnen und Afrikaner ihr eigenes afrikanisches Sozialforum starten sollten. Wie finden Sie die Idee?

Das Afrikanische Sozialforum gibt es bereits, gegründet in Bamako.

Was mein abgelehntes Visum betrifft, so denke ich, dass meine Ansichten zu den Friedensmissionen, in einer Zeit, in der die kanadische Regierung erwägt hatte Blauhelmsoldatinnen und -soldaten im Norden Malis einzusetzen, in der kanadischen Öffentlichkeit nicht unbedingt Enthusiasmus ausgelöst hätten.

In der militaristischen Logik ist der Platz eines Staates in einem System abhängig davon, ob sich liberale Staaten am Peacekeeping beteiligen oder nicht. Erst nach dem Weltsozialforum hat man mir dann übrigens mein Visum gewährt.

Vor einigen Monaten forderte die malische Regierung den allmählichen Rückzug der Friedenstruppen, weil sich die Sicherheitslage

nicht verbessert hat. Die MINUSMA ist eine der tödlichsten UN-Missionen der Welt, trotz der Anwesenheit der Barkhane- und UN-Soldatinnen und -soldaten.

Während Mali auf den allmählichen Rückzug der MINUSMA hofft und seine eigenen Truppen verstärken möchte, erhöht der UN-Sicherheitsrat jedoch die Zahl der Friedenstruppen.

Das ist pure Arroganz unter dem Vorwand, Menschen zu helfen. Wir sagen: „Helft uns anders“, aber sie ziehen es vor, die Anzahl der Blauhelme zu erhöhen. Das Gleiche passiert im Südsudan, wo die USA gerade 4.000 Soldatinnen und Soldaten stationiert haben – ebenso wie in der Demokratischen

Republik Kongo. Warum muss Afrika die Weltregion sein, in der diese militarisierten Lösungen angewendet werden? Da liegt doch Rassismus in der Luft.

Afrika, das so reich an natürlichen Ressourcen ist, fehlte eine Agenda, die innere Probleme wie Beschäftigung und Wachstum, Einkommen und Wettbewerbsfähigkeit angeht. Stattdessen kommen wirtschaftliche Erträge vor allem – und das weiß jeder – ausländischen Unternehmen zugute. Konfliktsituationen, die daraus entstehen, werden dann als Rechtfertigung der Handlungen der so genannten Internationalen Gemeinschaft benutzt.

6. Sie sind nicht nur als Politikerin, sondern auch als Autorin tätig. Können Sie uns erzählen warum Sie angefangen haben zu schreiben? Und was Ihr politisches Engagement damit zu tun hat?

Ich bin keine Politikerin, obwohl ich die Position der Ministerin für Kultur und Tourismus innehatte. Ich gehöre zur kritischen Zivilgesellschaft. Ich habe keine politische Zugehörigkeit. Ich war niemals Kandidatin in meinem Land für irgendetwas.

Warum ich angefangen habe zu schreiben? Die Notwendigkeit auszusagen, zu bezeugen. Denn Schreiben ist für mich Widerstand.

7. In Ihrem Buch „Lettre au Président des Français à propos de la Côte d'Ivoire et l'Afrique en général“ erläutern Sie Ihre starken (militanten) pro-afrikanischen Ideen und beschuldigen Akteure, die Sie für verantwortlich halten, schuld zu sein an den Leiden des Kontinents. Wer sind diese Akteure? Warum haben Sie sich für den Weg der Veröffentlichung entschieden? Und warum haben Sie das Beispiel der Elfenbeinküste gewählt?

Ich denke, dass die afrikanischen sicherheitspolitischen Schwächen sich

aus der Schwierigkeit ergeben, die Dynamiken des Kontinents in einen globalen Kontext einzubetten.

Wir sehen nicht, dass die Welt sich insgesamt verändert hat und unser Kontinent Spielball ökonomischer, politischer und strategischer Interessen der kapitalistischen Globalisierung ist.

Betrachten wir Gabun als Beispiel. Wir sprechen nur über zwei Politiker ohne Bezug auf ihr politisches Denken. Das ist eine Form des Infantilismus und der Verdummung von Afrikanerinnen und Afrikanern. Die Priorität des Globalen Nordens liegt auf der Hinterfragung der Transparenz der Wahlen und des Machtwechsel, nicht aber auf dem Entwicklungsparadigma. Dieses ist aber der Grund, warum sich Gabun seit der Unabhängigkeit trotz seines Reichtums an Öl und Holz nicht weiterentwickeln konnte. Europäerinnen und Europäer hingegen sind auch nicht zwangsläufig immer glücklich mit ihrer politischen Führung. Und obwohl sich unsere und ihre wirtschaftlichen Realitäten oft gleichen, halten sich die europäischen Führungskräfte für berechtigt, ein Urteil über unsere Wahlen abzugeben und zu fordern, wann, wie und wo sie stattfinden sollen. Wir Afrikanerinnen und Afrikaner sind jedoch so eifrig dabei, Macht zu gewinnen und sie zu genießen, dass wir es ablehnen, die Sache an sich in Frage zu stellen. Das Scheitern der Globalisierung sollte im Mittelpunkt politischer Debatten stehen. Dahingehend sollten wir afrikanische Gesellschaften informieren und schulen.

8. Sie machen den Liberalismus verantwortlich für die anhaltende Armut in Mali und anderswo in Afrika. Inwiefern ist der Liberalismus Partner des „tödlichen Kapitalismus“ wie Sie ihn bezeichnen?

In Wirklichkeit ist es ein Narrenspiel. Länder des Globalen Nordens schreiben Ländern des Globalen Südens vor, sich dem Handel zu öffnen, Preise zu liberalisieren, sodass der Wettbewerb funktioniert, dabei wissen sie sehr gut, dass wir nicht unter gleichen Bedingungen kämpfen.

„Warum muss Afrika die Weltregion sein, in der diese militarisierten Lösungen angewendet werden? Da liegt doch Rassismus in der Luft.“

1995 waren nur sehr wenige afrikanische Teilnehmende zur Gründung der Welthandelsorganisation in Marrakesch anwesend. Bereits vorher legten Erzeugerländer die Rohstoffpreise nicht fest. Heute konzentriert sich die Debatte auf Freihandelsabkommen wie in Europa, den USA, Kanada und anderen Ländern. Wenn die afrikanischen Länder, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) unterzeichnen, werden ihre Märkte überschwemmt mit europäischen Produkten ohne Furcht, die Arbeitslosigkeit, die Armut und die Migration zu verschärfen.

Die beiden großen Krisen, die Migrationskrise und die Sicherheitskrise, rütteln heute aber an den Grundla-

gen Europas – mit schwerwiegenden Folgen in Bezug auf die Außenpolitik, insbesondere der Afrikapolitik.

Es wird nicht akzeptiert, dass eine Änderung der wirtschaftlichen Lage in Afrika eine Änderung des Lebensstils in Europa voraussetzt, damit Afrika von seinem Reichtum leben kann. In Europa verschweigen wir derweil der Öffentlichkeit, dass wegen dieser Austeritätspolitik, Menschen gezwungen werden, zu migrieren. Stattdessen wird gesagt, die Menschen wanderten aus, weil sie nicht in der Lage seien sich zu entwickeln. Gegen diese Lüge kämpfe ich.

9. Wenn man Ihren Weg so verfolgt, gewinnt man den Eindruck, Politik war

schon immer Teil Ihres Lebens. Warum haben Sie bisher keine Partei gegründet?

Ich weiß nicht, warum die Leute denken, man könne sich nur durch einen hochrangigen Posten verwirklichen. Ich möchte dazu beitragen, über die Position von afrikanischen Ländern, insbesondere Mali, in der Welt und im ökonomischen Zusammenspiel zu informieren, damit wir informierte Bürgerinnen und Bürger sind, die die Zusammenhänge kennen und danach handeln – lokal und in Beziehung zu anderen. Ich hoffe zur Entstehung eines sozialen und politischen Bewusstseins beizutragen, bürgerlich, afrikanisch und panafrikanisch.

Die 5 Fragen zum Schluss... *an Aminata*

1. Afrika im Jahr 2050. Ihre Zukunftsvision?

Ein wahrhaftig freies und unabhängiges Afrika.

2. Welches Buch lesen Sie gerade?

„Les Usurpateurs“ von Susan George.

3. Ihr schönster Platz auf Erden?

Bei mir zu Hause.

4. Ihre persönliche Heldin? Ihr persönlicher Held?

Meine Mutter.

5. Was nervt Sie? Wann flippen Sie aus?

Die Heuchelei reicher Länder.